Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 153. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 220. **Montag, 21. September 1925, abends.** **78. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**

Verantwortlich für Redaktion: i. V.: F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die bevorstehende Sicherheitskonferenz.

WPD. Mit den Beschlüssen, die der Berliner Ministerrat heute Montag über die Einladung der alliierten Regierungen fassen wird, wird voraussichtlich auch die letzte Entscheidung über den Charakter der geplanten Sicherheitskonferenz fallen. Die diplomatischen Unterhandlungen, die in den letzten fünf Tagen zwischen Berlin, London, Paris, Brüssel stattgefunden haben, können noch nicht als endgültig abgeschlossen gelten, denn noch immer steht die Frage offen, ob es der deutschen Regierung restlos gelingen wird, ihre Wünsche hinsichtlich der Verhandlungen über den Sicherheitspakt durchzusetzen. Am Montag und Dienstag werden wahrscheinlich die letzten diplomatischen Vorberatungen einsetzen, und erst dann läßt sich übersehen, in wie weit eine Verständigung zwischen den beteiligten Regierungen zustande gekommen ist. Schon jetzt läßt sich aber soviel feststellen, daß es bereits gelungen ist, das Feld der Verhandlungen über den Sicherheitspakt auf die wichtigsten Fragen abzugrenzen, und daß man wahrscheinlich schon von der **großen Konferenz** sprechen kann, die zum Abschluß des Sicherheitspaktes führen soll. Da man deutscherseits immer wieder darauf hingewiesen hat, wie notwendig es erscheint, den Weg einer beschlußfähigen Konferenz zu wählen, hat auch die Gegenseite eingesehen, daß es ganz zwecklos sein würde, der deutschen Regierung zuzumuten, ihre Staatsmänner den sogenannten „unverbindlichen Zusammenkünften" aussetzen zu wollen, die nur zu innenpolitischem Mißtrauen Anlaß geben könnten.

Die Oktober-Konferenz soll also endgültig sein und in ähnlichen Formen vor sich gehen, wie die Londoner Konferenz, auf der das Abkommen über das Dawesgutachten und über die Räumung des Ruhrgebietes zustande kam. Die deutsche Regierung hat also den gewünschten Erfolg gehabt, zu verhindern, daß man ihr ein unbefriedigendes Konferenzprojekt aufnötigte und daß die beteiligten Regierungen von vornherein auf bestimmte **Einzelerörterungen** festgelegt wurden.

Das **vorläufige Verhandlungsprogramm** ergibt sich ohne weiteres aus der Formulierung des materiellen Fragekomplexes, der bereits auf der Londoner Juristenkonferenz informatorisch behandelt worden ist. Im Vordergrund steht der **Rheinpakt**, der das Sicherungsabkommen zwischen Deutschland und den Westmächten enthält und der den Rahmen aller damit zusammenhängenden Abmachungen abgeben soll. Einen besonderen Raum nehmen die **Schiedsgerichtsverträge** ein, die gleichzeitig zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien abgeschlossen werden. Im Anschluß daran will man auch die Schiedsverträge zwischen Deutschland und Polen sowie Deutschland und der Tschechoslowakei zur Erörterung bringen. Soweit sich dieses umfangreiche Feld der rechtlichen Verträge übersehen läßt, würde die Sicherheitskonferenz zur Folge haben, daß noch monatelang unter den einzelnen beteiligten Regierungen technische Verhandlungen stattfinden müssen, die sich aus dem Gesamtabkommen automatisch ergeben.

Deutscherseits hat man sich nunmehr zu dem Entschluß veranlaßt gesehen, die Führung der Verhandlungen in die Hände des **Reichskanzlers Dr. Luther** zu legen, der gemeinsam mit dem Außenminister **Dr. Stresemann** an der Konferenz teilnehmen wird. Diese Tatsache läßt darauf schließen, daß auch der englische Premierminister Baldwin und der französische Ministerpräsident Painlevé sich kaum der Notwendigkeit entziehen können, ebenfalls zur Sicherheitskonferenz zu gehen und sich persönlich an den Erörterungen zu beteiligen. Obwohl die französische Regierung mit der Absicht umgeht, Briand zum französischen Verhandlungsführer zu machen, wird sie schon des Prestiges wegen gezwungen sein, den Ministerpräsidenten Painlevé zu delegieren und ihn ebenfalls mit den Hauptvollmachten auszustatten. Es war die englische Regierung, die die Anregung gegeben hat, den Charakter der Konferenz so zu erweitern, daß den Wünschen der deutschen Regierung im vollen Umfange Rechnung getragen wird. Dadurch dürfte es der Reichsregierung wesentlich erleichtert werden, die alliierte Einladung anzunehmen und dem Programm zuzustimmen, das wahrscheinlich bereits am kommenden Mittwoch oder Donnerstag endgültig vorliegen wird.

Die deutschen Angestellten-Organisationen beschweren sich beim Präsidenten Calonder.

Beuthen. Die Vertreter der Angestellten-Spitzenorganisationen, und zwar des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und der Afa, hatten am Sonnabend nachmittag bei dem Präsidenten der Gemischten Kommission Calonder eine Audienz, in der sie sich über **Mißhandlungen ihrer Mitglieder in Polnisch-Oberschlesien** beschwerten. Sie überreichten dabei eine Entschließung, in der Protest erhoben wird gegen die in letzter Zeit sich mehrenden Terrorakte gegen in Deutschland wohnende und in Polen beschäftigte Angestellte, deren einziges Vergehen darin besteht, daß sie einer durch den Genfer Vertrag gebilligten deutschen Organisation angehören. Die Erregung über die in den letzten Wochen bekannt gewordenen Ueberfälle sei um so größer, als diese Terrorakte offenbar durch die Polizeiorgane geduldet und gebilligt würden. Der Präsident solle deshalb sein volles Augenmerk auf diese von Fanatikern planmäßig betriebenen Bedrohungen und Beunruhigungen richten und für Abhilfe sorgen. Präsident **Calonder** nahm die Ausführungen der Beschwerdeführer mit großem Interesse entgegen und sagte eine eingehende Prüfung der Angelegenheit zu.

Dienstag Absendung der deutschen Antwort.

Am 5. Oktober Konferenz in Luzern?

Berlin. Von maßgebender Seite erfahren wir, daß die deutsche Antwort auf die alliierte Einladung durch einen Schritt der deutschen Botschafter in London und Paris am Dienstag abend überreicht werden soll. Es wird sich um eine längere diplomatische Mitteilung handeln, die am Donnerstag oder Freitag nach vorheriger Vereinbarung mit den alliierten Regierungen veröffentlicht werden wird. Neuerdings nimmt man in Berlin an, daß sich die deutsche Regierung damit einverstanden erklärt, die Konferenz am 5. Oktober in Luzern zu eröffnen.

Die Einmütigkeit der Parteien.

Berlin. Wie wir hören, wird sich Reichskanzler Dr. Luther an der Aussprache an der am Mittwoch stattfindenden **Tagung des auswärtigen Ausschusses** sehr lebhaft beteiligen, um zu erreichen, daß die Entschließungen des Reichskabinetts einmütige Billigung der großen Reichstagsparteien finden. Die Aussprache wird sich in allererster Linie auf das deutsche Verhandlungsprogramm beziehen und nur die Fragen des Sicherheitspaktes betreffen. Das Problem des Eintritts in den Völkerbund wird jedenfalls nicht den Gegenstand einer erschöpfenden Erörterung darstellen können, da man deutscherseits diese Frage noch nicht für endgültig geklärt ansieht.

Kein vorzeitiger Zusammentritt des Reichstages.

Die Forderung der **radikalen Flügelparteien** um alsbaldige Einberufung des Reichstages werden, wie man erfährt, **ganz entschieden abgelehnt werden.** Da man mit einer mehrwöchentlichen Dauer der Sicherheitskonferenz zu rechnen hat und die parlamentarische Situation genügend geklärt ist, soll der Termin des Wiederzusammentritts des Reichstages für Mitte November nach wie vor aufrecht erhalten werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werde die außenpolitische Lage auch derart geklärt sein, daß die Reichsregierung in der Lage ist, in einer Vollsitzung des Reichstages über den Ausfall der Sicherheitskonferenz Rechenschaft abzulegen.

Hindenburgs Rückkehr.

Der Reichspräsident ist am Sonnabend abend gegen 10 Uhr wieder in Berlin eingetroffen. Auf der Rückfahrt von Düsseldorf über Hannover wurden ihm noch stürmische Huldigungen dargebracht.

Auch die letzten Feierlichkeiten in **Düsseldorf** nahmen einen erhebenden Verlauf. In dem reichgeschmückten Regierungsgebäude in der Cäcilienallee begrüßte der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs und Landesfinanzamtspräsident Dr. Schmittmann den Reichspräsidenten und erneuerte auch hier wieder das Treubekenntnis zum Deutschen Reiche, für das Reichspräsident v. Hindenburg unter besonderer Anerkennung der Verdienste der Beamtenschaft dankte. Den Höhepunkt des Düsseldorfer Tages bildete die Feier in dem von einer unübersehbaren, 75 000 Personen zählenden Menschenmenge angefüllten Stadion. Oberbürgermeister Dr. Lehr begrüßte Hindenburg, den **Ehrenbürger** der Stadt und überreichte ihm den Ehrenbürgerbrief, der zwar 1917 bereits ausgestellt, aber Hindenburg noch nicht auf Düsseldorfer Boden hatte überreicht werden können. Der Ehrenbürgerbrief der Stadt Düsseldorf für den Reichspräsidenten hat folgenden Wortlaut: Wir, Bürgermeister, Beigeordnete und Stadtverordnete der Stadt Düsseldorf bekennen uns zur Urkunde, daß die Stadtverordnetenversammlung Seine Exzellenz den Chef des Generalstabes des Feldheeres, Generalfeldmarschall Paul v. Beneckendorff und v. Hindenburg zu seinem 70. Geburtstage als Zeichen tiefster Verehrung und unauslöschlicher Dankbarkeit für die Verdienste, die er in dem Kampfe des deutschen Volkes für seine Zukunft und Sicherheit gegen eine Welt von Feinden um das gesamte deutsche Vaterland und um unsere Stadt sich erworben hat, auf Grund des § 10 der Stadtverordnung der Rheinprovinz vom 18. Mai 1856 zum Ehrenbürger der Stadt Düsseldorf ernannt hat. Hierüber ist dieser Ehrenbürgerbrief mit unserer Unterschrift unter Anhängung des Großen Stadtsiegels ausgefertigt worden. So geschehen Düsseldorf, den 1. Oktober 1917. Der Oberbürgermeister: gez. Dr. Oehler.

Der Reichspräsident sprach seinen Dank an die Stadt Düsseldorf und ihren Oberbürgermeister mit folgenden Worten aus: Meine Damen und Herren! Haben Sie herzlichen Dank für den freundlichen Willkommengruß. Es ist mir eine besondere Freude, in der Rheinstadt Düsseldorf zu weilen, deren Ehrenbürger ich mich mit Stolz nenne und deren Geschick ich mit besonderer Anteilnahme immer verfolgt habe. Die Stadt Düsseldorf und ihre Bevölkerung haben in **mehr als vierjähriger Fremdherrschaft ihre Treue zum Reiche** und ihre enge Verbundenheit mit dem deutschen Volke in Dulden und Opferfreudigkeit bewiesen und bekräftigt. Wir alle danken Ihnen hierfür in herzlicher Anerkennung. Wir sind heute in einer wieder frei gewordenen Stadt. Möge auch dem übrigen Rheinland bald der Stern der Freiheit leuchten! Ihnen aber und der Stadt Düsseldorf wünsche ich alles Wohlergehen, und mit diesem Wunsch rufe ich: Düsseldorf und seine Bewohner, sie leben hoch!

In einem jauchzend aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland klang die Rede aus. Dann verließ der Reichspräsident unter dauernden Heilrufen der Menge die Tribüne und wurde auch auf seiner Fahrt zum Bahnhofe überall jubelnd begrüßt. Um 12.43 Uhr trat der Reichspräsident die Rückreise nach Berlin an. Auf jeder Station im Rheinlande und Westfalen, in Oberhausen, Gelsenkirchen, Wanne, Herne, Dortmund fanden improvisierte Kundgebungen statt. Unermüdlich grüßte Hindenburg aus dem Fenster und ließ sich in Hamm von den Begeisterten aus dem Schlafe rufen.

Erst Schutz der Deutschen in Polen — dann Verhandlungen.

Der Ostausschuß des Preußischen Landtages setzte am Sonnabend seine Beratungen über die Not in den östlichen Grenzgebieten fort. Berichterstatter Abg. Lukassowitz (Dnat.), wies an Hand der Statistik nach, daß in der Grenzmark Posen-Westpreußen etwa 12 000, in Oberschlesien etwa 18 000, in Ostpreußen etwa 10 000 und insgesamt also in den Grenzmarken des Ostens 40 000 Wohnungen fehlen. Zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot in diesen Gebieten braucht man einen Betrag von 400 Millionen Mark. Im Sinne der vorliegenden Anträge der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokraten empfahl der Berichterstatter als allgemeine Maßnahmen für die Hilfeleistung: 1. stärkere Beteiligung mit Geldmitteln von Seiten des Reichs, Preußens und der Gemeinden für den Wohnungsbau; 2. stärkere Heranziehung der Erträge aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau, besonders in den östlichen Gebieten; 3. Reich und Preußen müßten größere Geldmittel für billige Baukredite zur Verfügung stellen; 4. der Betrag für die gering verzinslichen Hypotheken muß durchschnittlich auf 8000 Mark für eine Wohnung erhöht werden; 5. alle in betracht kommenden Instanzen müssen nach einem einheitlichen Plan unter möglichster Beiseiteschiebung von formalen und von Zuständigkeitsschwierigkeiten dieses große Wohnungsprojekt in die Hand nehmen.

Gegen 2 Stimmen der Kommunisten wurde folgender Antrag des Unterausschusses angenommen: Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Polen nicht eher vorläufig oder endgültig abgeschlossen werden, bevor nicht durch diese oder andere Verhandlungen der Schutz der Interessen der deutschstämmigen Bewohner Polens erreicht, das Eigentum der vertriebenen deutschen Optanten geschützt und insbesondere die unterschiedliche Behandlung der Deutschen in Polen in Bezug auf das Agrar-Gesetz verschwindet. Ferner soll die polnische Regierung unter Zurücknahme der Kündigung des Grenzpassierscheinverfahrens von 1920 sich der Durchführung des Rückkehrzwanges für die polnischen Wanderarbeiter nicht mehr widersetzen.

Tschitscherins Berliner Besuch endgültig abgesagt.

Wie wir aus Kreisen der Berliner sowjetrussischen Botschaft erfahren, hat der russische Außenminister Tschitscherin die Absicht, zu einer Fühlungnahme mit der deutschen Regierung nach Berlin zu kommen, endgültig aufgegeben. Dagegen sei das Projekt einer Reise Tschitscherins nach **Warschau, Brüssel** und Rom aufrechterhalten. Eine Fühlungnahme mit der deutschen Regierung werde aber dann in Frage kommen können, wenn die Sicherheitsverhandlungen beendet sind. Es habe sich keine Möglichkeit mehr ergeben, vor der Sicherheitskonferenz eine Aussprache zwischen den Vertretern der russischen und der deutschen Regierung herbeizuführen.

Der Einzelhandel im Reichswirtschaftsministerium.

Wie die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels mitteilt, fand am 18. September im Reichswirtschaftsministerium auf dessen Einladung eine Besprechung zwischen Vertretern der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und aller ihr angeschlossenen landschaftlichen Verbände statt, bei der die Vertreter des Einzelhandels unter Ueberreichung des einschlägigen Materials über die gegenwärtige Lage und die **Preisgestaltung im Einzelhandel** Bericht erstatteten. Lebhafte Klage wurde über die außerordentlichen Belastungen durch die verschiedenen Maßnahmen der Reichsbahndirektionen geführt. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums sagte eingehende Prüfung und ausgiebige Verwendung des Materials zu. Wenn in einzelnen Zeitungen, insbesondere in der Provinzpresse, der Einzelhandel als vorwiegend an der Teuerung schuldig bezeichnet wäre, so sei dies bedauerlich. Das Ziel der Maßnahmen der Reichsregierung sei, zu verhüten, daß der autonome Zolltarif, der im wesentlichen zu Verhandlungszwecken bestimmt sei, bis zum Abschluß von Handelsverträgen von der deutschen Wirtschaft zu einer Erhöhung der Preise ausgenützt würde, und darüber hinaus zu bewirken, daß diejenigen Verbilligungen, die auf Grund der Aufwertungs- und Steuergesetzgebung des vergangenen Sommers möglich seien, sich in einer sinkenden Preiskurve äußern können.